Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 40 Pf., Verbandsanzeigen 25 Pf. die achtgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246

Nr. 5 **Berlin, den 4. Februar 1933** **41. Jahrgang**

Wählt Betriebsvertretungen!

Der Aufruf zu den Betriebsrätewahlen 1933, der vor acht Tagen hier veröffentlicht wurde, ist das Beratungsergebnis einer Betriebsrätekonferenz, die am 22. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand. An ihr nahmen über 400 Betriebsratsmitglieder aus allen Teilen der Republik teil, darunter erfreulicherweise viele Arbeiterinnen. Sie alle stimmten dem Aufruf jubelnd zu, dessen Parole heißt:

Einigung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften!

Für dieses Ziel unermüdlich zu arbeiten, ist Ehrenpflicht aller Kolleginnen und Kollegen. Wer dabei abseits steht oder gar dagegen ist, der ist ein Feind der organisierten Arbeiterschaft, mag er sonst auch noch soviel von der „Einheitsfront" erzählen. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO.) kann niemals die Einheitsfront sein, denn sie ist zur Spaltung der Gewerkschaften gegründet worden. In diesem Sinne betätigt sie sich auch allerorts. Beispiele dafür gibt es in Hülle und Fülle, alle Kolleginnen und Kollegen kennen sie aus eigener Erfahrung. Von einem Redner der Betriebsrätekonferenz wurde zutreffend gesagt: „Die Einheit der Arbeiterklasse wäre vorhanden, wenn es keine Kommunistische Partei gäbe. Erst durch die KPD. ist die Einheit der Arbeiterklasse zerstört worden, und erst aus dieser Tatsache konnte sich die Nazipartei zu ihrer gegenwärtigen Größe entwickeln." Diese Feststellungen kann nur jemand bestreiten, der die Wahrheit absichtlich nicht erkennen will. Solche Menschen gibt es hier und da, die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft wird aber auch bei diesen Betriebsrätewahlen den Einheitsfrontschwindel der RGO. ablehnen. Es wird nicht die „Einheitsliste" der KPD. gewählt, sondern die Liste der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Denn nur diese sind in der Lage und willens, praktische Arbeit zu leisten, die Interessen der Belegschaften jederzeit und mit Nachdruck zu vertreten. Sie allein können das, da hinter ihnen die Gewerkschaften stehen, die trotz alledem und alledem immer noch die größten Massenorganisationen, die die Geschichte jemals gekannt hat, sind und bleiben werden.

Die Führer der Kommunisten und Nazis geben sich die größte Mühe, in die Front der Gewerkschaften einzudringen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, trotz aller Gemeinheiten, mit denen sie dabei vorgehen. Als auf der Betriebsrätekonferenz einige solcher Fälle vorgetragen wurden, ging helle Empörung durch die Reihen der Teilnehmer. Der Raummangel unserer „Holzarbeiter-Zeitung" gestattet es leider nicht, ausführlich über die Verhandlungen zu berichten, wir müssen uns auf die Wiedergabe kurzer Auszüge aus den Reden der Referenten beschränken. Einen starken Eindruck auf alle Konferenzteilnehmer machte die

Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart,

der unter anderem folgendes ausführte:

Diese Konferenz soll ein Auftakt für die Durchführung der bevorstehenden Betriebsrätewahlen sein. Sie müssen erfolgen unter der Parole: Einigung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften! Alle Gewerkschaftsfunktionäre, Hunderttausende an der Zahl, werden sich mit gewohntem Eifer und in alter Begeisterung unter dieser Parole für die Wahl unserer Listen einsetzen.

Einigung der Arbeiterklasse! Es ist kein Ruhmeszeichen für die deutsche Arbeiterbewegung, daß diese Parole mit besonderem Nachdruck heute wieder ausgesprochen werden muß. Seit Jahrzehnten haben uns unsere Vorkämpfer und haben wir alle eindringlich immer wieder gepredigt: Einigkeit macht stark! Kaum jemals früher aber war die Uneinigkeit in den Reihen des ganzen Volkes und leider auch in der Arbeiterschaft größer als jetzt. Anstatt für die Einigkeit zu arbeiten, kämpfen gewisse Kreise mit gemeinen Mitteln gegen die Gewerkschaften. Man fertigt erdichtete Protokolle an, die angeblich in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium aufgenommen seien, über vertrauliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Regierungsleuten, Nazileuten und ADGB.-Leuten; man vervielfältigt und verbreitet sie hinter unserem Rücken, monatelang, ehe wir Kenntnis davon erhalten. In diesen Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, sollen wir uns bereit erklärt haben, die Gewerkschaften nach italienischem Muster, ja, ich könnte auch sagen nach russischem Muster, zu verstaatlichen, sie einzubauen in den staatlichen Apparat, und dann schreit man mit solchen Protokollen über Arbeiterverrat, über Klassenverrat durch die ADGB.-Führer!

Ich habe Gregor Straßer in meinem Leben noch nicht gesehen, habe auch noch kein Wort mit ihm gewechselt, und kein anderer ADGB.-Führer hat jemals mit Gregor Straßer ein Wort gesprochen.

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir tolerierten die Regierung Schleicher. Zunächst einmal: die Gewerkschaften sind keine politische Partei, sind es nicht und wollen es nicht sein. Wir haben unsere Sozialdemokratische Partei. Wir als Gewerkschaften haben gar nicht die Befugnis, aber auch gar nicht die Möglichkeit, etwa eine Regierung zu stürzen, und deswegen kann von Tolerierung keine Rede sein.

Wir als Gewerkschaften müssen aber mit jeder Regierung rechnen, auch wenn sie gar nicht unser Vertrauen hat. Wir müssen, weil wir auf dem Posten an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, mit jedem Arbeitsminister über die Interessen der Arbeiterschaft verhandeln. Wir müssen mit jedem Wirtschaftsminister über unsere wirtschaftlichen Auffassungen verhandeln, um sie bekanntzumachen und durchzusetzen. Und wenn das nicht genügt, mit diesen Ressortministern zu verhandeln, dann müssen wir auch zum Reichskanzler gehen, er mag heißen wie er will!

Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Krieg, Kleinkrieg. Die Gewerkschaften können sich und werden sich niemals an eine Regierung binden.

Wir haben das nicht getan, als Sozialdemokraten Reichskanzler und Reichsarbeitsminister waren, wir haben stets rücksichtslos unter Ausnutzung der gegebenen Machtverhältnisse die Interessen der Arbeiterschaft verfochten, und so wird es auch bleiben. Das ist euer und unser Wille.

Bei all diesen Behauptungen über die Gewerkschaftsführer ist doch nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Man wünscht, daß wir die Arbeiterschaft verraten sollen, und deswegen behauptet man das. Ich wiederhole, was wir schon dutzendmal erklärt haben: An diesen Behauptungen von Verhandlungen mit den Faschisten ist kein wahres Wort, wir denken nicht daran!

Am allergroteskesten ist der Vorwurf, daß die Gewerkschaften dem Lohndruck der Unternehmer Vorschub leisten, weil sie sich in einzelnen Fällen jetzt schon in den letzten Wochen und Monaten geweigert haben, Tarifverträge abzuschließen. In einem kommunistischen Flugblatt, wie sie jetzt dutzendweise in einzelnen Orten hergestellt und an den Stempelstellen verteilt werden, habe ich in den letzten Tagen gelesen: Unsere, d. h. also der Kommunisten, Aufgabe ist es, für die kollektiven Tarifverträge zu kämpfen. Ihr wißt alle genau so wie ich: Früher las man es anders!

Früher war es Verrat an der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeiterschaft „gebunden" haben. Jetzt ist es Verrat, wenn die Gewerkschaften sich weigern, Tarifverträge noch abzuschließen, die weitere Lohnkürzungen bringen sollen.

Nur darum handelt es sich. Wir haben im Bundesausschuß eingehend darüber verhandelt und sind uns einig geworden: Die Tarifverträge sind nicht Selbstzweck, sondern sie haben den Zweck, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern oder sie mindestens vor Verschlechterungen zu schützen, und wenn dieser Zweck durch Tarifverträge nicht mehr erfüllt werden kann, wenn Tarifverträge nur dazu dienen sollen, Lohnkürzungen zwangsweise durchzuführen oder in Zukunft zu ermöglichen, dann verzichten wir auf Tarifverträge.

Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, daß unsere letzten Ziele nur in einer Neuordnung verwirklicht werden können. In diesem Sinne wollen wir trotz aller Anfeindungen unseren Kampf fortsetzen, unseren Kampf in den Gewerkschaften in Verbindung und mit Unterstützung der Betriebsräte, unseren Kampf für die wohlverstandenen wahren Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, unseren Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland.

Die Rede des Kollegen Leipart fand stürmischen Beifall. Wir hoffen, daß mit ihr manches Mißverständnis weggeräumt ist, das hier und da auch in unseren Reihen anzutreffen war. Über die

Betriebsräte in der Wirtschaftskrise

sprach Clemens Nörpel vom Bundesvorstand. Nach einem geschichtlichen Rückblick beschäftigte er sich eingehend mit den vielseitigen Aufgaben der Betriebsvertretungen. Ihre Tätigkeit wurde durch die Wirtschaftskrise sehr erschwert, trotz alledem konnte viel Gutes erreicht werden. Nur in solchen Betrieben, wo die Betriebsvertretung zum politischen Zankapfel wurde, konnte nicht nur nichts erreicht werden, von den früheren Errungenschaften ging obendrein noch viel verloren. Das ist im Interesse der Belegschaften lebhaft zu bedauern. Nationalsozialisten und Kommunisten, vielfach in trautem Verein und oft noch zusammen mit den Unorganisierten, machen Betriebe zu Tummelplätzen übler politischer Treibereien. Das Betriebsrätegesetz ist für diese Parteien nur dazu da, um ihnen die Grundlage für das Hineintragen der Parteipolitik in die Betriebe zu geben. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Die Betriebsvertretungen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie von politischen Bindungen frei sind und im Geiste der Gewerkschaften arbeiten. Wir können den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse nur gewinnen mit organisierten Kollegen und Kolleginnen, nicht mit Unorganisierten und auch nicht mit gewerkschaftsfeindlichen Kommunisten und Nazis.

Sachliche Arbeit in den Betriebsvertretungen können weder Kommunisten noch Nationalsozialisten leisten. Eine Zeitlang haben die Kommunisten das zwar bestritten, es war dies damals, als sie tagtäglich von „großen Siegen der RGO." berichteten. Das war natürlich Schwindel, wie wir alle aus eigener Erfahrung wissen. Jetzt geben das selbst die kommunistischen Zeitungen zu. In diesen kann man jetzt Tag für Tag lesen, daß die „roten Betriebsräte" versagt hätten. Dies wird besonders im Novemberheft 1932 der „Roten Gewerkschafts-Internationale" betont. Es heißt dort:

„Der beste Beweis für das Versagen der roten Betriebsräte ist die Tatsache, daß es trotz der objektiv günstigen Situation und der vorhandenen Voraussetzung nur wenigen Betriebsräten gelungen ist, ihre Belegschaften gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer in den Kampf zu führen. ... Wo bleibt da die Führerrolle unserer roten Betriebsräte?"

So urteilen die Kommunistenführer über die Arbeit ihrer „roten Betriebsräte". Und sie haben mit ihrem Urteil hundertmal recht. Die Arbeiter freilich können sich nur freuen, daß die RGO.-Leute versagt haben, denn überall dort, wo sie versuchten, die kommunistischen Parolen durchzuführen, endete die Aktion mit einem großen Mißerfolg. Viele, viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch die „Tätigkeit der roten Betriebsräte" nutzlos auf die Straße geworfen worden, abgesehen von vielen anderen Schädigungen.

Wir haben also keinen Anlaß, die Beweisführung der KPD. über die Unfähigkeit ihrer Betriebsräte zu widerlegen, trotzdem müssen wir doch feststellen, daß die Gründe für dieses Versagen tiefer liegen. Nämlich darin, daß eine politische Partei grundsätzlich außerstande ist, das Betriebsrätegesetz durchzuführen. Die Aufgaben einer politischen Partei sind so ganz andersartig, daß eine Übereinstimmung mit den Aufgaben der Betriebsvertretungen gar nicht möglich ist. Es bleibt dann nichts anderes übrig, als die Betriebsratstätigkeit mehr oder weniger liegenzulassen und eine parteipolitische Tätigkeit auszuüben, die aber dann wiederum am Betriebsrätegesetz und am Arbeitsvertragsrecht scheitert.

Hat wirklich einmal eine Belegschaft bei den Betriebsrätewahlen eine kommunistische Mehrheit in der Betriebsvertretung errungen, dann verlangt die Belegschaft nun von dieser Betriebsvertretung dieselbe Tageskleinarbeit, wie sie für unsere Betriebsvertretungsmitglieder selbstverständlich ist. Die früheren Wahlen haben es außerdem bewiesen und die seit Anfang dieses Jahres stattgefundenen Wahlen beweisen es ja auch schon wieder erneut, daß in entscheidenden Augenblicken die Belegschaften doch mehr Vertrauen zu den freigewerkschaftlichen Betriebsräten als zu den roten Betriebsräten haben.

Die Betriebsräteneuwahlen 1933 werden und müssen daher wiederum unter der Parole der Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften stehen. Jede parteipolitische Einflußnahme auf die Durchführung der Betriebsräteneuwahlen und des Betriebsrätegesetzes haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften mit aller Energie zurückzuweisen. Ebenso entschieden haben aber die Gewerkschaftsmitglieder auch bei dieser Gelegenheit für die Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der Vierzigstundenwoche, auf Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und auf Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Für diese Forderungen müssen die Belegschaften gewonnen werden. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsrätewahlen 1933 stehen.

Und nun: Vorwärts an die Arbeit!

In der Einleitung des Berichts wurde schon erwähnt, daß sich unter den Teilnehmern der Betriebsrätekonferenz viele, etwa 50, Arbeiterinnen befanden; auch unser Holzarbeiter-Verband war mit einer Kollegin aus Nürnberg vertreten. Die stärkere Beteiligung der Frauen an der Gewerkschaftsarbeit ist lobenswert und notwendig. Sie sollten auch bei der Aufstellung der Betriebsratslisten soweit als möglich berücksichtigt werden. Dafür trat Gertrud Hanna vom Bundesvorstand in ihrem Vortrag über

Die Arbeiterinnen und das Mitbestimmungsrecht

unter stürmischem Beifall des Kongresses ein. Die Mitarbeit der Arbeiterinnen in der Betriebsvertretung liegt im Interesse der Frauen und der Männer. Beide sind in den Betrieben vertreten und aufeinander angewiesen. Der Zusammenarbeit im Betrieb muß die in den Verbänden folgen. Bei der Gewerkschaftsarbeit gibt und darf es keinen Unterschied zwischen Frau und Mann geben. Beide sind gleichberechtigt und beide sind gleichermaßen verpflichtet, in ihrer und für ihre Organisation zu arbeiten. So muß es sein, dann geht es auf der ganzen Linie auch wieder vorwärts.

Als dritter Referent sprach Erich Bührig über „Die Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz". In der Aussprache, an der sich nur Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben beteiligten, wurden die Ausführungen der Referenten unterstrichen und wirkungsvoll ergänzt. So erfüllte die Betriebsrätekonferenz ihren Zweck. Ihre besondere Bedeutung liegt in dem Treuebekenntnis der Frauen und Männer aus den Betrieben zu den Verbänden und ihren Leitungen. Die Gewerkschaften sind und bleiben die Kampforganisationen der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft. Für sie ohne Rast und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu werben, ist heilige Pflicht. Und bei den Betriebsrätewahlen müssen alle für die freigewerkschaftliche Liste stimmen. Die Parole lautet: Einigung aller Arbeiterinnen und Arbeiter in den Gewerkschaften!

Der Bundesvorstand beim Reichspräsidenten

In seinem Bericht an den Bundesausschuß hat der Bundesvorsitzende Leipart davon Mitteilung gemacht, daß die Vorstände des ADGB. und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sich entschlossen haben, noch einmal beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um ihm die Auffassung der Gewerkschaften von der gegenwärtigen Lage und ihre Forderungen zur Überwindung der Not vorzutragen. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Dieser Empfang fand während der Tagung des Bundesausschusses statt. An ihm nahmen die drei Vorsitzenden des ADGB., Leipart, Graßmann und Eggert, sowie Stähr vom Vorstand des AfA-Bundes teil. Über Einzelheiten der Besprechung ist ein amtlicher Bericht nicht veröffentlicht worden. Grundlage der Aussprache war ein längeres Schreiben, das die beiden Bundesvorstände vorher an den Reichspräsidenten gerichtet hatten; in ihm wird der Reichspräsident gebeten, seinen Einfluß zur Linderung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterschaft einzusetzen. Nach einer ausführlichen Schilderung der Tatsachen werden am Schluß des Schreibens die Punkte noch einmal kurz zusammengefaßt, auf die es den Gewerkschaften hauptsächlich ankommt. Dieser Teil des Briefes hat folgenden Wortlaut:

„Zusammenfassend gestatten wir uns, zu sagen:

1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.
2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozeß ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepaßte Arbeitszeitverkürzung gesetzlich durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.
3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.
4. Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umsatzfähigen Binnenmarktes muß den Besserungsprozeß unterstützen."

Tagung des Bundesausschusses

In der Sitzung des Bundesausschusses, die am 21. Januar abgehalten wurde, konnte der Bundesvorsitzende Leipart berichten, daß das letzte Quartal in der Mitgliederbewegung der Gewerkschaften eine Wendung zum Besseren gebracht habe. Die Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärtsgetrieben. Der Bundesvorstand steht in Verbindung mit dem Reichskommissar, aber der Einfluß der Privatwirtschaft ist stärker. Die Forderung nach gesetzlicher Durchführung der 40-Stunden-Woche ist vom ADGB. bereits im Oktober 1930 erhoben worden. Von der Regierung ist auf diesem Gebiete nichts geschehen, aber die Löhne sind dermaßen gesenkt worden, daß nunmehr eine Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich durchgeführt werden darf. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes genügt eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nicht mehr. Die Forderung der 30-Stunden-Woche wird bereits von Sachverständigen mit warnender Dringlichkeit vertreten. Zum Schluß seines Berichts machte Leipart namens des Bundesvorstands den Vorschlag, als Nachfolger von Hermann Müller im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts den Genossen Wilhelm Leuschner zu wählen, der in den letzten Jahren Innenminister in Hessen und vorher lange Jahre Bezirkssekretär des ADGB. war. Gleichzeitig soll Leuschner als Nachfolger von Umbreit in den Bundesvorstand eintreten.

In der Debatte wurde der Bericht des Bundesvorstands zustimmend besprochen. Insbesondere wurde die Arbeitszeitfrage erörtert und hierbei der skandalöse Zustand angeprangert, daß sogar Behörden die Überschreitung der 48stündigen Arbeitszeit zulassen. Die Wahl Leuschners als Mitglied des Bundesvorstandes erfolgte einstimmig. Im Auftrag des Bundesvorstandes wird er als Arbeitervertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts fungieren.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung war:

Die Gewerkschaften im politischen Meinungskampf.

Der Berichterstatter, der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Graßmann, wies einleitend darauf hin, daß die Entwicklung des politischen Lebens, die gekennzeichnet ist durch das Anwachsen der radikalen Flügelparteien rechts und links, dazu geführt habe, daß auch die Gewerkschaften im politischen Leben stärker in den Vordergrund treten mußten. Sie waren dadurch heftigen Angriffen der radikalen Bewegungen ausgesetzt. Manche ihrer Handlungen wurden mißverstanden oder in verleumderischer Absicht falsch gedeutet. Insbesondere muß die Behauptung, die Gewerkschaften näherten sich der Auffassung des Faschismus über die Stellung der Gewerkschaften im Staatswesen, als verlogene Behauptung, der jede Grundlage fehlt, entschieden zurückgewiesen werden.

Falsch sind auch die Folgerungen, die in vielfacher Form und mit wechselnder Absicht an die Unterredung der Führer des ADGB. mit dem Reichswehrminister von Schleicher — wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler — geknüpft worden sind. Diese Unterredung hatte nur den einen Zweck, bei der Reichsregierung in dem Augenblick, da sie sich nach dem Rücktritt des Kabinetts v. Papen neu bildete, die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, namentlich ihre Forderungen zur Linderung der Krisennot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nachdrücklich zu vertreten. Lediglich dies war seit jeher der Zweck jeglicher Fühlungnahme des Vorstands des ADGB. mit den Regierungen des Reiches. Und nur dies wird immer der Zweck einer solchen Fühlungnahme sein. Um aber die Interessen der Arbeiterschaft und die Forderungen der Gewerkschaften wirksam zu vertreten, werden die Gewerkschaften auf eine solche Art der Fühlungnahme mit den wechselnden Reichskabinetten nie verzichten können.

Graßmann unterrichtete den Bundesausschuß im einzelnen über den Verlauf der Unterredung mit dem Reichswehrminister sowie über die Entstehung und den Charakter einiger anderer Vorgänge, die Ausgangspunkt für Gerüchte über die Haltung der Gewerkschaften und für Verdächtigungen gegen sie geworden sind. Er verweilt ausführlicher bei jenen „Protokollen" von angeblichen Unterredungen zwischen Mitgliedern des Vorstands des ADGB. und dem Reichskanzler v. Papen sowie Persönlichkeiten der NSDAP. Graßmann kann, indem er den Text dieser „Protokolle" zergliedert, nachweisen, daß sie den Stempel der Fälschung an der Stirn tragen — der Fälschung mit der Absicht der Verleumdung, mit dem Zweck, Mißtrauen zu säen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften werden sich aber auch in ihren Organisationen dieser schmählichen Methode des Kampfes gegen sie zu erwehren wissen. Sie werden nicht dulden, daß Mißtrauen in ihre Reihen getragen und die Stoßkraft der Bewegung dadurch benachteiligt wird. Ebensowenig werden sie abweichen von dem Grundsatz, nach dem sie Anspruch erheben müssen auf völlige Unabhängigkeit in der Meinungsbildung über Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und in der Wahl ihrer taktischen Haltung. In diesem Anspruch halten sie jeder Partei gegenüber fest. Dieser Grundsatz behält auch dort Geltung, wo das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit politischen Parteien gebietet. Denn nur die strenge Befolgung dieser Grundanschauung bietet Gewähr für die Erhaltung der Einigkeit in den Gewerkschaften. Graßmann erläutert am Schluß seiner Rede diese grundsätzliche Anschauung an einer Reihe von Vorgängen des politischen Lebens.

Die Ausführungen Graßmanns wurden in einigen Punkten von Leipart ergänzt. Es werde, sagt er, Klage darüber geführt, daß die Gewerkschaften nicht gleich der SPD. und nicht mit der gleichen Schärfe wie sie in Opposition zur Regierung von Schleicher stehen. Auf diese mißverständliche Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Regierung erwidere er: Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, wie immer sie zusammengesetzt ist. Denn die Gewerkschaften werden noch für lange Zeit lediglich Forderungen an die Regierungen zu richten haben.

In der Debatte fanden die von Graßmann und Leipart vertretenen Grundsätze die volle Zustimmung des Bundesausschusses.

Es folgten dann kurze Mitteilungen über den Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am 30. Juli in Brüssel beginnt. Anträge der Verbände zum Kongreß sollen dem Bundesvorstand eingereicht werden. Die deutschen Gewerkschaften, ADGB. und AfA-Bund haben 15 Delegierte zu entsenden. Die Wahl der Delegierten soll einer späteren Sitzung des Bundesausschusses vorbehalten bleiben.

Mit einem Hinweis auf die am 22. Januar stattfindende Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform und einer Empfehlung an die Verbände zur regen Beteiligung an der Tagung wurde die Sitzung von Leipart geschlossen.

Aus dem Verbandsleben

Es beginnt ihnen zu dämmern

Nämlich den Berliner Holzindustriellen. In dem Leitartikel der Nr. 3 des Organs der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Holzindustrie, „Das deutsche Holzgewerbe", wird Stimmung gemacht für einen Notstandskongreß der Holzindustrie. Nachdem die Lage des Holzgewerbes in Berlin, im allgemeinen zutreffend, grau in grau gezeichnet wird, heißt es weiter:

„Neben dem Stillstehen von Tausenden holzgewerblicher Betriebe sehen wir, wie in der Provinz einige größere Betriebe in Doppelschichten arbeiten. Das ist unter den jetzigen Verhältnissen kein Gewinn für die Wirtschaft, nicht einmal für die betreffenden Betriebe. Hier kann man von einem Fehler in der Auftragsverteilung sprechen. Ihm beizukommen, gibt es sachlich und rechtlich kaum eine Möglichkeit. Und doch muß es gelingen, eine Änderung herbeizuführen! Wäre unser deutsches Holzgewerbe richtig organisiert, statt überorganisiert, könnte man eingreifen und auf organisatorischem Wege wenigstens eine Linderung der heutigen Übel erreichen. Was wir hinsichtlich der Preise in der Möbelbranche heute erleben, könnte durch die Organisationen geregelt werden, wenn —. In diesem ‚Wenn' liegt es. Wenn wir eine einheitliche Wirtschaftsorganisation in unserem Gewerbe hätten. Diese Gedankengänge beherrschten vor wenigen Tagen eine Vorstandssitzung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin, sie förderten eine Aussprache über diese aktuellen Wirtschaftsprobleme zutage, wie wir sie bisher nur selten erlebten. Freilich, gegen die Riesengewalt der augenblicklichen Not kann eine lokale Organisation nicht ankämpfen."

Der Artikel schließt mit der Anregung, daß die holzgewerblichen Organisationen des ganzen Reiches zu einem Notstandskongreß zusammentreten und auf ihm eine wirtschaftspolitische Einheitsfront der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes herstellen sollen.

Eine sachliche Stellungnahme zu dieser Anregung erübrigt sich für uns um so mehr, als in dem Aufsatz wohl von der Holzindustrie und dem Holzgewerbe gesprochen, aber offenbar nur die Unternehmer gemeint sind. Der Artikel ist uns aufgefallen, weil er deutlich die Sehnsucht nach einer planmäßigen Wirtschaftsführung verrät. In der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin beginnt man einzusehen, daß die kapitalistische Produktionsweise, in der das Profitstreben der Antriebsmotor ist, doch nicht als der Weisheit letzter Schluß angesehen werden kann. Die Folgen dieses Systems haben sich gerade in der Holzindustrie so drastisch gezeigt, daß auch die Unternehmer an seiner Güte zu zweifeln beginnen. Wir sind aber überzeugt, daß sie sich schnell wieder auf den Pfad der Tugend zurückfinden und die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft auf das schärfste bekämpfen werden.

Berufliche Fortbildungskurse

Unsere Verwaltungsstelle Minden i. W. hat sich mit Erfolg um eine staatliche Beihilfe für die Einrichtung von beruflichen Fortbildungskursen für arbeitslose junge Kollegen bemüht. Für das Interesse, das unsere Kollegen der beruflichen Schulung entgegenbringen, ist es bezeichnend, daß sich sofort 98 arbeitslose Kollegen bis zu 25 Jahren zur Teilnahme an den Kursen gemeldet haben. Kollegen über 25 Jahre können leider nicht berücksichtigt werden. Nach Erledigung der Eingabe haben sich übrigens noch weitere 30 Kollegen gemeldet.

Die Vorbereitungen wurden in der Weise getroffen, daß sich die Ortsverwaltung ein Lokal für den theoretischen und eine leerstehende Tischlerwerkstatt für den praktischen Unterricht sicherte. Es fanden sich auch geeignete Lehrkräfte für je einen Kursus für Bautischlerei, zu dem 33, für Möbeltischlerei, zu dem 20, und für Polieren, wozu 45 Meldungen vorlagen. Die Lehrkräfte wurden ersucht, je einen detaillierten Kostenvoranschlag aufzustellen, der sich auf Materialkosten und Miete erstreckt.

Den Alten zur Ehr'

Traugott Förster
Nowawes

Fritz Wittorf
Göttingen

Karl Schmidt
Leisnig

Kollege Förster ist einer der ganz Alten unserer Holzarbeiterbewegung. In Leutmannsdorf in Schlesien geboren, geht er nach Beendigung seiner Tischlerlehrzeit bald auf die Wanderschaft. Am 1. Februar 1883 tritt er in Wiesbaden dem Fachverein der Tischler bei. Seitdem ist er ununterbrochen organisiert; er kann also auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken. In dieser langen Zeit hat er nicht nur seinen Beitrag regelmäßig gezahlt, sondern er hat auch jederzeit im und für den Verband gearbeitet. Von 1892 bis 1908 war er Vorsitzender der Verwaltungsstelle Potsdam, von 1909 bis 1914 Zweiter Kassierer der Verwaltungsstelle Nowawes und von 1914 an bis auf den heutigen Tag bekleidet er mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit das Amt des Ersten Kassierers. Wenn ihm seine 70 Jahre auch sonst anzusehen sind, bei der Verbandsarbeit ist er der ewig junge, vorwärtsdrängende Kämpfer. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre mit uns für die großen Ziele unserer Bewegung kämpfen zu können — das ist unser Glückwunsch zu seinem Jubiläum. — Kollege Wittorf ist seit 1911 Mitglied der Ortsverwaltung Göttingen, seit 1920 ist er deren Erster Vorsitzender. In diesem wie in seinen früheren Vertrauensämtern hat er allezeit seinen Mann gestanden; ihm ist es mit zu verdanken, daß heute in Göttingen ein sehr reges gewerkschaftliches Leben herrscht. — Kollege Schmidt konnte Ende Dezember sein 25jähriges Kassiererjubiläum in der Verwaltungsstelle Leisnig feiern. Jeder, der von der Arbeit eines Verwaltungsstellenkassierers eine Ahnung hat, weiß, daß dieses Amt gerade in den letzten Jahren mit viel Ärger verbunden war. Kollege Schmidt hat es aber immer wieder verstanden, alle Schwierigkeiten zu überwinden, zum Besten der Verwaltungsstelle. Dafür danken ihm alle Kollegen und Kolleginnen.

Den Jungen zur Lehr'

Diese Voranschläge nebst dem Verzeichnis der Kursusteilnehmer wurden als Anlagen dem Schreiben an das Arbeitsamt beigegeben, in welchem um eine Beihilfe ersucht wurde. Schon nach wenigen Tagen kam die Mitteilung, daß 455 Mk. bewilligt sind, so daß sofort mit den Kursen begonnen werden konnte. Unterrichtet wird täglich an 3½ Stunden. Ähnliche Kurse werden in Minden auch von anderen Gewerkschaften eingerichtet, wobei vereinbart ist, daß ein Tag in der Woche frei bleibt, an welchem den Kursusteilnehmern Vorträge gehalten werden, die der Ortsausschuß des ADGB. arrangiert. Es wäre zu wünschen, daß solche Kurse überall eingerichtet würden, wo irgend die Möglichkeit hierfür gegeben ist.

Würzburg

Die am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle nahm einen recht schönen Verlauf, sehr zum Leidwesen der auch hier vertretenen RGO.-Männer. Sie haben sich große Mühe gegeben, Stank hervorzurufen. Im Verband haben sie ja nichts zu melden, aber sie haben sich einige Tage zuvor versammelt, um Anträge für unsere Generalversammlung vorzubereiten, wozu das Konzept von der Zentrale der Kommunisten fix und fertig geliefert wird. Hier sollte beantragt werden, den Angestellten abzubauen und den 10-Pf.-Beitrag der Arbeitslosen aufzuheben. Der Bundesvorsitzende, Kollege Leipart, soll aus dem Verband ausgeschlossen und seines Amtes enthoben werden, dafür sind aber die „Oppositionellen", die wegen Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen wurden, mit allen früheren Rechten wiederaufzunehmen. Für diese Anträge wurde auch eine rege Propaganda getrieben. An den Stempelstellen, in den Werkstätten, ja sogar noch vor dem Versammlungslokal wurden Flugblätter verteilt. Und der Erfolg? In der Generalversammlung hat kein Mensch von diesen RGO.-Anträgen gesprochen. In der Aussprache über den Vorstands- und Kassenbericht war von der Opposition nur ein schwaches Säuseln bemerkbar; im ganzen war die Diskussion durchaus sachlich. Die Verwaltung wurde wiedergewählt bis auf zwei Kollegen, die ausschieden, weil sie einen eigenen Betrieb aufgemacht haben.

Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine kleine Feier zu Ehren der 88 Kollegen statt, die auf eine 25jährige und längere Mitgliedschaftsdauer zurückblicken können. Von diesen Kollegen gehören 26 dem Verband seit mehr als 30 Jahren und 5 seit über 40 Jahren an; der älteste kann im nächsten Jahre das Jubiläum seiner 50jährigen Verbandszugehörigkeit feiern. Wo ein solcher Stamm von Veteranen vorhanden ist, kann die Zerstörungsarbeit der RGO. keine Lorbeeren ernten.

So wirbt man für die Nazis

In einem kleinen Ort, irgendwo in Deutschland — Namen tun bei dieser wahren Geschichte nichts zur Sache — befinden sich mehrere Sägewerke. Die beschäftigten Arbeiter waren fast durchgängig in unserm Verband organisiert. Der Bevollmächtigte, ebenso tüchtig im Beruf wie überzeugt von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung, hält seine Verwaltungsstelle im Schuß. Das weiß der Besitzer des Sägewerks, der Baron X. Er möchte schon lange eine Nazigarde um sich sammeln, die er schneidig exerzieren kann und die für billiges Geld arbeitet. Wo es um höhere Ziele geht, kann man auch etwas anlegen. Der Bevollmächtigte wird immer dringender umworben. Ihm wird schließlich die Stelle als Gauführer der Nazis angeboten mit 500 Mk. Monatsgehalt. Bedingung ist nur, daß er alle Arbeiter des Betriebes in die Nazipartei mitbringt. Der Kollege ist standhaft, er lehnt ab.

„Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt", denkt der ehrenwerte Baron. Der Betrieb wird stillgelegt, alle Arbeiter werden entlassen. Arbeit ist vorhanden, aber eingestellt wird nur, wer Mitglied bei den Nazis ist. Die Arbeiter schwanken, aber schließlich beugt sich einer nach dem andern unter das Joch. Nur der Bevollmächtigte ist standhaft, er bleibt auf der Strecke. Die Arbeiter erhalten auch gleich die Quittung: Den frischgeworbenen Nazis wird der Lohn von 65 Pf. auf 50 Pf. herabgesetzt. Das war vor etwa 1½ Jahren.

Was der Baron X. kann, das können wir auch, so sagten sich die Besitzer der anderen Sägewerke an dem Ort. Und in der Folge führten Fürst Y. und Graf Z. das gleiche Experiment in ihren Werken durch, und der bürgerliche Besitzer eines weiteren Werkes wollte hinter seinen hochadligen Vorbildern nicht zurückbleiben. Nun sind die Sägewerksarbeiter in dem Ort alle bei den Nazis. Ihre Mitgliedschaft beim Verband haben sie aufgegeben, die „Herren" verlangten es so. Und zugleich wurden die Löhne auf das Maß herabgedrückt, das den hochmögenden Herren ausreichend dünkt. 35 Pf. erhalten noch die Gatterschneider und 30 Pf. die Platzarbeiter.

Und noch einen Erfolg hatten die adligen Erpresser, sie haben auch den steifen Nacken unseres früheren Bevollmächtigten gebeugt. Hunger tut weh und doppelt weh, wenn auch Frau und Kinder hungern. So ging auch er hin und nahm das Hakenkreuz.

Früher sprach man von „Blutapfelsinen", damit meinte man die in gelbe Vereine gepreßten Arbeiter, die außen gelb wurden, aber innen rot blieben. Heute übernehmen die Nazis die Rolle der Gelben. Die „feinen Leute" mögen sich für den Augenblick ihrer Erfolge freuen, aber es gibt Beispiele in der Geschichte, wo sich solche Werbemethoden an ihren Urhebern bitter gerächt haben. In ihrem Übermut überheizen die Herrschaften den Kessel und verkeilen die Sicherheitsventile. Denken sie nicht an die unausbleibliche Explosion?

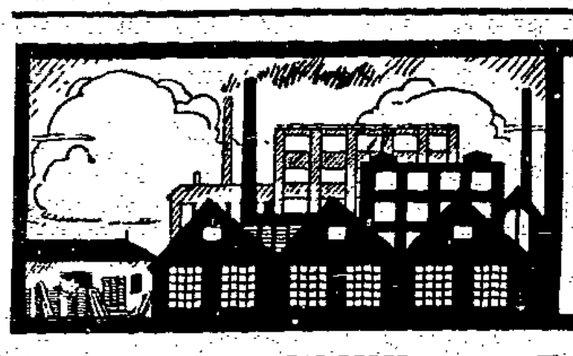
Zelluloidwarenfabrik im Gefängnis

Gegen den Plan, eine Zelluloidwarenfabrik im Gefängnis in Herford zu errichten, hat sich unser Gauvorsteher in Hannover mit einer Eingabe an den preußischen Justizminister gewendet. Man sollte es nicht für möglich halten, daß solch ein Plan ernsthaft in Erwägung gezogen wird, aber tatsächlich wird im Hof des Gefängnisses in Herford ein einstöckiger Bau für diesen Zweck errichtet. Die Gefängnisverwaltung hat mit einer neu gegründeten Firma Stöver u. Eßmann einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Firma in diesem Neubau Zelluloidwaren, insbesondere Schirmgriffe, herstellen lassen will. Der eine der Fabrikanten war Mitinhaber der in Konkurs gegangenen Firma Eßmann und Pottharst in Schötmar, und er hat die hochwertigen Maschinen zum Spottpreis aus der Masse gekauft.

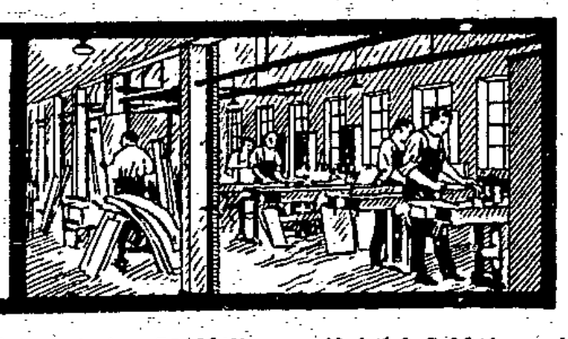
Die Fabrikation im Gefängnis wäre für die ganze Zelluloidwarenindustrie eine lebensgefährdende Konkurrenz. Diese Industrie liegt ohnehin am Boden. In Schötmar gab es z. B. früher mehr als 1000 Zelluloidarbeiter, jetzt sind es nur noch 250. Wichtiger noch als die wirtschaftlichen Gründe, die gegen das Projekt sprechen, ist die ungeheure Gefahr, der die mit solchen Arbeiten beschäftigten Gefangenen ausgesetzt werden. Erst kürzlich wurde eine neue Verordnung zum Schutze der Zelluloidwarenarbeiter gegen Brandgefahr erlassen. Zelluloid ist ungeheuer feuergefährlich und es entwickelt beim Brennen tödliche Gase, so daß die Räume, in denen Zelluloid verarbeitet wird, im Falle eines Brandes schleunigst von den Arbeitern verlassen werden müssen. Die Sicherung dieses Rückzuges ist eine der wichtigsten Schutzvorkehrungen. Und da will man Zelluloidwaren im Gefängnis herstellen!

Wie wir hören, haben sich auch die durch die Konkurrenz bedrohten Fabrikanten mit Eingaben an die Regierung gewandt. Wir wollen hoffen, daß den sehr berechtigten Einsprüchen gegen die Errichtung einer Zelluloidwarenfabrik im Gefängnis Rechnung getragen wird.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 5. Wochenbeitrag fällig



Holzindustrie



Noch ganze 5 Millionen Festmeter Holzeinfuhr

Im Jahre 1913 führte Deutschland 15,010 Millionen Festmeter Nutzholz ein; im Jahre 1928 waren es 18,241 Millionen und im letzten Jahre 4,998 Millionen Festmeter. Von 1913 bis 1932 beträgt der Rückgang 66,7 Prozent, von 1928 bis 1932 sogar 72,6 Prozent. Das ist ein so starker Rückgang, wie ihn vor einigen Jahren niemand, auch kein Waldbesitzer, für möglich gehalten hätte.

Und dieser Rückgang trat ein, obwohl die Holzzölle im allgemeinen nicht erhöht und auch keine sonstigen Einfuhrbeschränkungen durchgeführt wurden. (Die Sperrmaßnahmen gegen Polen können hier unberücksichtigt bleiben; wären sie nicht gewesen, dann würde insgesamt kein Festmeter mehr eingeführt worden sein, nur der Anteil der einzelnen Länder an der Gesamteinfuhr wäre anders.) Damit ist bewiesen, daß die Holzeinfuhr sich von ganz allein der veränderten deutschen Wirtschaftslage anpaßt. Sie steigt mit der Besserung der Geschäftslage und geht zurück, wenn der Holzbedarf kleiner wird. Die Waldbesitzer wollen das freilich nicht wahrhaben, sie behaupten, daß die Holzeinfuhr noch immer viel zu groß sei. Sie fordern deshalb Einfuhrkontingente oder eine starke Erhöhung der Holzzölle, und diese Wünsche sollen nächstens in Erfüllung gehen. Es wird erzählt, am 15. Februar trete eine Holzzollerhöhung um 100 Prozent ein, was bei schwächerem Rundholz aus Nummer 74 des Zolltarifs jetzt bereits geschehen ist.

Bevor die Reichsregierung sich endgültig in der Holzzollfrage entscheidet, sieht sie sich hoffentlich die deutsche Holzaußenhandelsstatistik genau an. Tut sie das und läßt sie sich bei ihrer Entscheidung nicht allein von dem Wunsche leiten, der Forstwirtschaft unter allen Umständen zu helfen, sondern denkt sie dabei auch ein klein wenig an die Lebensinteressen der holzverbrauchenden Gewerbe, dann kann sie die ihr zugedachte Erhöhung der Holzzölle unmöglich beschließen. Es wäre dies ein Schlag gegen große Teile der Wirtschaft, von dem sie sich so bald nicht wieder erholen könnten. Im übrigen sollte auch der Reichsregierung bekannt sein, daß die Holzindustrie unter der Wirtschaftskrise mindestens so schwer leidet wie die Forstwirtschaft. Ein Blick in die Arbeitslosenstatistik beweist das am besten.

Nun zurück zu der Entwicklung der Holzeinfuhr. Oben haben wir berechnet, wie groß der Einfuhrrückgang im Vergleich zu 1928, dem Jahr mit der bisher größten Holzeinfuhr, und 1913 ist. Von 1931 bis 1932 beträgt der Rückgang 1,363 Millionen Festmeter oder 21,4 Prozent. An dem Rückgang sind alle Sortimentsgruppen beteiligt, allerdings in unterschiedlichem Umfang. Wir verweisen auf die Zahlen in unserer Übersicht über die Ein- und Ausfuhr. Es sei hier nur noch hervorgehoben, daß seit 1928 die Einfuhr von Rundholz etwas stärker zurückgegangen ist als die von Schnittholz. Am stabilsten ist die Papierholzeinfuhr geblieben, aus Gründen, die uns als Holzarbeiter nicht weiter interessieren.

Da Deutschland ein Holzeinfuhrland ist und bleiben wird, ist seine Holzausfuhr unbedeutend. Sie ist absolut und im Verhältnis zur Einfuhr heute aber größer als in der Vorkriegszeit. 1913 wurden 1,088 Millionen Festmeter eingeführt, gegen 1,478 Millionen im letzten Jahr. Damals verhielt sich Einfuhr zur Ausfuhr wie 14 : 1, jetzt wie 3 : 1, das heißt: 1913 wurde etwa 14mal, 1932 aber nur etwa 3mal soviel Holz ein- als ausgeführt. Oder: Nach Abzug der Ausfuhr betrug die im Inlande verbliebene ausländische Holzmenge 1932 nur 3,520 Millionen Festmeter gegen 13,922 Millionen im Jahre 1913. Diese Tatsache wird von den Waldbesitzern geflissentlich übersehen, da sie ihnen nicht in den Kram paßt.

Dem Werte nach betrug die Holzeinfuhr im letzten Jahr 94,950 Millionen Mark, gegen 162,536 Millionen Mark im Jahre 1931. Die Ausfuhr hatte 1932 einen Wert von 26,985 Millionen Mark, im Jahr zuvor waren es 55,590 Millionen Mark. Bei der Einfuhr beträgt der Rückgang 58,0 Prozent und bei der Ausfuhr 48,5 Prozent.

Auf die Frage, welche Länder uns das meiste Holz liefern, gibt die Übersicht über die Nadelholzeinfuhr nach Ländern Auskunft. Mehr als die Hälfte des Nadelrundholzes (52,9 Prozent) stammte aus der Tschechoslowakei. Dann folgen Rußland, Polen und in weitem Abstande die anderen Länder. Bei der Nadelholzeinfuhr steht Rußland mit 44,1 Prozent der Gesamtmenge an der Spitze. Seit 1931 hat sich die russische Schnittholzeinfuhr beinahe verdoppelt, eine Tatsache, auf die von den Gegnern der Holzeinfuhr immer wieder hingewiesen wird. Es wird aber verschwiegen, daß dies auf Kosten der anderen Länder geschehen ist. Nur Schweden und Litauen konnten ein paar Festmeter mehr einführen als 1931. Alle anderen Länder haben ein schlechteres Geschäft als früher gemacht: Polens Anteil sank aus den erwähnten Gründen im letzten Jahr von 6,0 auf 0,6 Prozent. Im ganzen wurden 1,497 Millionen Festmeter Nadelschnittholz eingeführt, gegen 6,081 Millionen im Jahre 1928 und 4,512 Millionen im letzten Vorkriegsjahr.

Übersicht über die Einfuhr und Ausfuhr von Nutzholz

Sortimentsgruppen	Gesamteinfuhr							Gesamtausfuhr						
	1932	1931	1930	1929	1928	1927	1913	1932	1931	1930	1929	1928	1927	1913
	in 1000 Festmeter Rohnutzholz							in 1000 Festmeter Rohnutzholz						
Rundholz, hart	20	32	102	166	245	183	292	91	134	137	87	49	41	92
Rundholz, weich	798	1401	2620	3084	4911	5477	5232	308	459	470	351	250	196	277
Grubenholz	173	266	415	571	889	951	476	597	886	1094	746	447	584	
Rundholz insgesamt	991	1699	3137	3821	6045	6611	6000	996	1479	1701	1184	746	821	369
Schnittholz, hart	25	66	148	245	398	278	179	89	117	79	41	23	24	56
Schnittholz, weich	1505	1540	3551	4309	6252	5280	4689	192	375	386	234	187	273	210
Besch. Holz, hart und weich	33	46	151	244	261	246	770	70	120	197	201	134	157	133
Schwellen, hart und weich	14	54	148	576	606	517	567	37	136	127	42	41	97	168
Bearb. Holz insgesamt	1578	1706	3998	5374	7517	6321	6205	388	748	789	518	385	551	567
Papierholz	2399	2918	4221	5068	4518	3823	2570	78	88	66	61	37	34	134
Faßholz	14	12	38	83	86	70	123	15	22	29	22	21	19	10
Exotische Hölzer	16	26	57	56	75	55	112	1	2	2	2	3	2	8
Zusammen	4998	6361	11451	14402	18241	16660	15010	1478	2339	2587	1787	1192	1427	1088

Möbelfabrik Henke

Die Möbelfabrik Ernst Henke in Stettin hat unlängst ihre Zahlungen eingestellt. Darüber herrscht im Lager der Möbelfabrikanten großer Jubel, denn „Henke gehört zu den Zeiterscheinungen, mit denen aufgeräumt werden muß, wenn die solide Wirtschaft sich erhalten will", heißt es in einer Unternehmerzeitung. Er soll durch seine Preispolitik dazu beigetragen haben, daß die Möbelpreise so stark zurückgegangen sind und die deutsche Möbelindustrie am Rande des Zusammenbruchs stehe. Ein eichenes Schlafzimmer mit Nußbaumfüllung soll bei Henke einschließlich Verpackung und Fracht 264 Mk. gekostet haben. Ob das stimmt, wissen wir nicht, es ist aber richtig, daß Henke sehr niedrige Preise hatte und dafür qualitativ ziemlich gute Möbel lieferte.

Aus dem über die Firma Henke veröffentlichten Material geht hervor, daß sie eine bewegte Vergangenheit hat. So wie sie heute besteht, soll sie 1924 gegründet worden sein. An dem Aufschwung der Möbelindustrie in den folgenden Jahren hatte sie vollen Anteil. Sie wurde durch ihre großzügige Reklame bald im ganzen Lande bekannt. Ihr Stand auf der Leipziger Messe war das Ziel vieler schau- und kauflustiger Möbelhändler und vieler schaulustiger und konkurrenzneidischer Möbelfabrikanten. Obwohl der Stettiner Betrieb bis 125 Arbeiter beschäftigte, reichte seine Produktion zur Befriedigung der Nachfrage nicht aus. Im Jahre 1931 baute Henke in Löcknitz (Bahnstrecke Stettin-Pasewalk) einen neuen, mit den modernsten Maschinen eingerichteten Betrieb. Auch dieser war stets flott beschäftigt: Mitte Dezember 1932 arbeiteten hier 170 Holzarbeiter. In beiden Betrieben waren damals rund 320 Kollegen beschäftigt. Dann kam die Zahlungseinstellung und mit ihr die Stillegung der Betriebe.

Sehr wahrscheinlich handelt es sich nur um eine vorläufige Stillegung, denn es wird berichtet, daß die mit den Gläubigern geführten Vergleichsverhandlungen vor dem Abschluß stehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommen die Betriebe bald wieder in Gang, was im Interesse der mehr als 300 Arbeiter zu begrüßen ist.

In einigen Unternehmerzeitungen wurde angedeutet, daß Henke wahrscheinlich infolge sehr niedriger Löhne so billig verkaufen könne. Demgegenüber sei festgestellt, daß in beiden Betrieben der Tariflohn 85 Pf. beträgt; Spezialarbeiter werden höher bezahlt, bis 92 Pf. die Stunde. Akkordarbeiter erhalten dazu noch den üblichen Aufschlag.

Aus der amerikanischen Holzwirtschaft

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind nächst Sowjetrußland das waldreichste Land; sie haben rund 190 Millionen Hektar Wald. Von der Gesamtfläche des Landes sind 22 Prozent bewaldet. Innerhalb der Vereinigten Staaten wieder ist der Staat Washington das bedeutendste Holzland. Fast ein Viertel der Holzproduktion der Vereinigten Staaten entfällt auf den Staat Washington. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Arbeiter dieses Staates ist in der Holzindustrie beschäftigt. Der Umsatz der Holzindustrie macht ein Drittel des Umsatzes der Gesamtwirtschaft aus.

In den Vereinigten Staaten gibt es nach einer neueren Zählung 72 Sägewerke, von denen jedes 50 Millionen Kubikfuß Holz und mehr im Jahre schneidet. Von diesen 72 Betrieben befinden sich allein 30 im Staate Washington, auf die fast die Hälfte der Schnittholzproduktion des Staates entfällt.

Übersicht über die Nadelholzeinfuhr nach Ländern.

Herkunftsländer	Nadelrundholz in 1000 Festmeter							Nadelschnittholz in 1000 Festmeter Rohnutzholz						
	1932	1931	1930	1929	1928	1927	1913	1932	1931	1930	1929	1928	1927	1913
Insgesamt	454	1047	2071	2579	4273	4891	4755	1497	1519	3475	4229	6081	5203	4512
Davon aus:														
Rußland	72	291	413	252	139	136	2827	661	373	477	453	324	198	1061
Prozent	14,9	27,8	19,9	9,8	3,3	2,8	59,5	44,1	24,5	13,7	10,7	5,3	3,8	23,5
Polen	60	162	480	702	1412	2299	—	2	91	910	1006	1471	136	—
Prozent	12,4	9,7	19,6	27,2	33,0	46,8	—	0,1	6,0	26,2	23,8	24,2	14,2	—
Lettland	—	2	22	93	92	24	—	7	15	53	47	50	66	—
Prozent	—	0,2	1,0	3,6	2,1	0,5	—	0,5	1,0	1,5	1,1	0,8	1,3	—
Litauen	35	23	53	87	55	38	—	39	36	70	95	38	35	—
Prozent	7,2	2,2	2,6	3,4	1,3	0,8	—	2,6	2,4	2,0	2,2	0,6	0,7	—
Tschechoslowakei	21	93	255	284	443	383	—	203	262	549	779	938	975	950
Prozent	4,3	8,9	12,1	11,1	10,4	7,9	—	13,6	17,2	15,8	18,4	15,4	18,7	21,1
Schweden	24	59	320	349	651	456	—	25	54	114	237	667	639	—
Prozent	4,9	9,5	15,5	14,7	15,3	9,3	—	1,7	3,6	3,2	5,6	14,3	10,1	—
Sowjetunion	256	317	572	691	1196	1469	—	296	246	246	260	622	938	—
Prozent	52,9	30,3	27,6	26,8	28,0	30,0	—	19,9	16,2	7,1	6,0	10,2	18,0	—
Rumänien	—	—	2	—	—	—	—	54	113	171	327	585	483	72
Prozent	—	—	0,1	—	—	—	—	3,6	7,4	4,9	7,7	9,6	9,3	1,6
Übrige Länder	3	5	5	10	—	—	—	142	115	330	464	472	400	1021
Prozent	0,6	0,5	0,2	0,4	—	—	—	9,5	7,6	9,5	11,0	7,8	7,7	22,6
Übersee und Vereinigte Staaten	9	4	9	9	13	6	5	148	197	419	494	528	387	306
Prozent	1,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,1	0,1	9,9	13,0	12,0	11,6	8,7	7,4	15,6

Im sächsischen Erzgebirge herrscht bittere Not

Die „Berliner Börsen-Zeitung" veröffentlicht in ihrer Nr. 43 einen Bericht über die heutige Lage der erzgebirgischen Spielwarenindustrie. In diesem Bericht, der aus dem Unternehmerlager stammt, wird festgestellt, daß die Spielwarenausfuhr katastrophal zurückgegangen ist, und zwar infolge der hohen Zollmauern und der Errichtung einer eigenen Spielwarenindustrie in den meisten Ländern. Darunter hat insbesondere die Arbeiterschaft mit ihren Familien schwer zu leiden. „Im Erzgebirge ist die Spielwarenerzeugung für das Gros der Bevölkerung fast der einzige Erwerbszweig, und für ganze Familien und Generationen bedeutet das Anfertigen des traditionellen Holzspielzeuges, das früher in Massen nach aller Herren Länder ging, tatsächlich Lohn und Brot. Lange Zeit war Holzspielzeug der Hauptartikel der Spielwarenbranche; jetzt partizipieren bekanntlich vielerlei Materialien an der Herstellung von Spielwaren. Eine Umstellung der erzgebirgischen Spielwarenindustrie (die zu einem sehr großen Teil Heimarbeit ist) ist nicht so leicht, einmal weil das Hauptmaterial, das Holz, unmittelbar an den Produktionsstätten zu haben ist, anderseits weil die Arbeiterschaft, einschließlich der Kinder, von klein an mit der Herstellung von Holzspielzeug vertraut und darin geschult ist. Die nachlassende Beschäftigung hat sich somit zu einem bedrohlichen Existenzkampf für die erzgebirgischen Spielwaren ausgewirkt. Hiervon wird der fabrikationsmäßige Betrieb ebenso betroffen wie die Heimarbeiter. Leider haben sich die Verhältnisse statt zu bessern, immer mehr verschlechtert. Gewiß, auch andere Erwerbszweige sind von der Wirtschaftskrise getroffen, aber wohl kaum so schwer wie gerade die erzgebirgische Spielwarenerzeugung."

In Eppendorf sind „etwa 1000 Spielwarenarbeiter, einschließlich der Heimarbeiter und Angestellten, vollständig der Wohlfahrtsfürsorge ausgeliefert. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den vielen anderen Spielwarenorten. Die Steuereinnahmen der Gemeinden sinken bald auf einen Nullpunkt herunter. Die Gehälter werden in Abständen gezahlt, so daß z. B. die Gemeinde Eppendorf mit der Gehaltszahlung drei Monate im Rückstand ist".

Aus Eppendorf wird noch folgendes berichtet: „Der Ort Eppendorf besaß meist größere Betriebe der Spielwarenindustrie; diese sind durch ungeheure Steuer- und Soziallasten zum Erliegen gebracht worden. Vier Fabriken sind vollständig im Konkurs, die übrigen Betriebe arbeiten nur mit ganz geringer Arbeiterzahl bei sehr verkürzten Arbeitszeiten. Es liegen nur einige Musteraufträge vor, während sonst kaum irgendwelche Bestellungen zu erledigen sind."

Der Schreiber vorstehender Zeilen ist offenbar des Glaubens gewesen, sein Bericht über die Lage der erzgebirgischen Spielwarenindustrie sei unvollständig, wenn er nicht die falsche und dumme Behauptung wiederhole, die Betriebe sind „durch ungeheure Steuer und Soziallasten zum Erliegen gebracht worden". Wir bestreiten nicht, daß die Aufwendungen für Steuern und Sozialversicherung im Vergleich zur Vorkriegszeit heute ziemlich hoch sind, sie machen aber nur einen Bruchteil der Betriebsunkosten aus, so daß sie am Erliegen eines Betriebes niemals schuld sein können. Jene Behauptung ist daher eine widerliche Hetze gegen die Arbeiterschaft, die doch die Hauptlast der Wirtschaftskrise zu tragen hat. Wenn es den Arbeiterfamilien auch nur annähernd so gut ginge wie den Unternehmerfamilien, dann wäre das Leben schon erträglich. Oder ist jemand anderer Meinung?

Unterhaltung und Wissen

Andreas Thom: Vorlenz und Brigitte

4 Copyright by Paul Zsolnay, Verlag Berlin-Wien.

Vorlenz knackste zusammen. Das war der Korporal in ihm. Dann begehrte er auf. Das war der Revolutionär. Und dann dienerte er nach oben. Das war der Mensch Vorlenz, der Dienstmann von einmal und der Arbeitslose von heute. Durch den Flur lief er, ohne zu denken. Dann kamen die Stufen und mit ihnen auch die Gedanken. „Was will er? kann er von mir wollen? Der Zins ist gezahlt. Und sonst ..." Er wurde langsamer im Steigen und Denken. „Vielleicht geht es um einen Posten. Er ist doch Unternehmer. Und ich bin frei, bin ein Mann, und Männer sind heutzutage rar." Vorlenz hielt auf dem ersten Stufenabsatz an und streckte sich. „Er soll aber nicht glauben, daß er mich geschenkt bekommt, dieser feine Herr Stein!" Vorlenz stapfte weiter. „Ich bin Unteroffizier gewesen, bin es schließlich noch, und wenn er meint, daß ich ihm einen Handlanger abgebe, dann wird er sich täuschen, dann soll er mir den Weg ersparen!"

Vorlenz dämpfte die Zigarette aus, steckte den Stummel ein, klopfte verhalten an die Tür und wartete, glänzte noch schnell die Schuhe an den Hosenbeinen und war so aufgeregt, daß er dem Dienstmädchen die Hand küßte und es gar nicht zu bereuen hatte. Das Ding war jung und hübsch und stach ihm schon lange in die Augen. Herr Stein tat freundlich, vergab sich aber nichts, blieb immer, was er war, und ließ doch bei dem anderen niemals die Meinung aufkommen, daß er es nicht auch sein könnte. Vorlenz durfte sogar sitzen. Herr Stein blieb stehen oder lief umher. Er war nervös und hätte sich schonen müssen, hätte.... Es war natürlich keine Zeit, darüber nachzudenken.

„Können Sie zählen? Versteht sich, ja. Es ist auch keine Kunst. Aber eine Stunde lang, acht Stunden täglich, tage-, wochen- und jahrelang immer nur zählen und sich nicht irren, sehen Sie, das ist beinahe schon eine Kunst."

Vorlenz war nicht schnell von Begriffen und humpelte hintennach:

„Zählen? Ja, das kann ich."

„Es geht um Schuhe", erklärte Herr Stein und wurde ohne Grund leiser: „Sie werden en gros geliefert: eintausend, zweitausend und so weiter. Sie begreifen? Schön. Was die Fabrik verläßt, ist Lieferung. Wenn man sich also irrt ... gut, Sie verstehen. Ich habe nun aber einen Menschen dort, der nicht verläßlich ist, vielleicht mit Absicht, das wird vor Gericht entschieden, oder ohne seine Schuld, dann kann ich ihm auch nicht helfen, kann ihn nimmer brauchen. Er muß fort, je eher, desto besser. Und Sie ... Das wäre doch etwas für Sie."

Vorlenz bedachte sich laut:

„Arbeiter also?"

„Hofräte kann ich nicht ernennen", entschuldigte sich Herr Stein und lächelte ironisch.

Vorlenz drückte sich herum: „Ich bin mein eigener Herr gewesen, wie Sie wissen; hab' Roß und Wagen gehabt, wie Sie wissen ..."

„Hab' ich den Krieg angefangen? Bin ich ein General? der Hötzendorf? der Hindenburg?"

„Ein Arbeiter also", entschloß sich Vorlenz schwer genug und immer noch nicht ganz.

Jetzt erst ahnte Salomon Stein, auf welchen Leim dieser sonderbare Vogel ging, und hielt ihm die richtige Spindel hin: „Geistiger Arbeiter natürlich. Beamter, wenn Sie wollen."

Ob er wollte! Beamter! Johann Vorlenz, Beamter! Ob er es wollte! Mit hüpfendem Herzen, mit tausend Freuden und ohne Bedingung. Beamter! Vorlenz stand stramm, als stünde er nun doch vor einem General, um die Ordre für die nächste Schlacht entgegenzunehmen.

„Sie leiten die Abfertigung, zählen die Partien nach und streichen in den Listen ab. Jedes Paar über die Zahl wird mit einer Prämie honoriert."

„Und wenn eines fehlt?" erkundigte sich Vorlenz dienstbeflissen.

„Das kommt nicht vor", winkte Herr Stein augenzwinkernd ab. „Das kann gar nicht vorkommen. Sie verstehen doch?"

Es fällt nun Schnee —

Es fällt nun Schnee.
Die Welt ist fremd geworden.
Ich habe lange drüber nachgedacht —
Ich muß nun betteln oder ich muß morden.
Ich hab' kein Geld.

Der Nordwind pfeift und bringt mir Weh —
Ich find' nicht hin zum warmen Süden.
Ich habe lange drüber nachgedacht —
Wir werden alt und wir ermüden,
Uns bleibt kein Kind.

Es fällt nun Schnee.
Wes Herz ist noch voll Güte?
Ich habe lange drüber nachgedacht —
Wenn noch ein rotes Wunderröslein blühte,
Wär' nicht in dieser kalten Welt der Schmerz.

Otto Ziese.

Vorlenz war schon Beamter geworden und nickte. Er bekam eine Karte an den Fabrikdirektor mit, und das war soviel wie ein Dekret.

Brigitte konnte sich zuerst kaum fassen vor Freude, machte sich dann gleich über seine Sonntagskleider her und bürstete und putzte sie, denn es war klar, daß er sich jetzt von einem Hilfsarbeiter unterscheiden mußte, auf den ersten Blick und ohne Zweifel: „Jeden Tag rasieren! Immer einen Kragen nehmen! Und ein Sacktuch haben! Sich auch damit schneuzen! Auf die Schuhe halten! Und sich geben! Nicht immer schimpfen! Und nicht spucken! Es ist doch verboten, sogar in der Straßenbahn verboten." Ihre Ordnung war schon gemacht. Sie hatte nicht umsonst in feinen Häusern gedient und wußte, was sich gehörte, wenn einer Beamter ist. Dann erst fragte sie schüchtern an:

„Und was kriegst du für einen Lohn?"

„Wir haben über das Gehalt noch nicht gesprochen", sagte Vorlenz, schon im Ton gehoben und das Wort Gehalt für ihr Gedächtnis deutlich geprägt. Die Summe war nicht groß, weit kleiner, als sie beide insgeheim erwartet hatten, es war aber doch ein Gehalt und kein Lohn. Und das entschied. Der Lohn bleibt, was er ist; ein Gehalt steigt mit den Jahren und der Tüchtigkeit. Man fängt von unten an und hört dann oben auf, je älter, desto höher oben. Vorlenz war Korporal geworden; warum sollte er nicht auch einmal Direktor werden? Brigitte widersprach ihm nicht, obwohl sie es hätte tun können, denn sie war überzeugt: Was da geschehen ist, das hat kein Zufall gemacht, dafür ist auch Herr Stein bloß ein Werkzeug gewesen, das kam von ganz woanders her. Sie wußte die Adresse, sagte aber nichts. Vorlenz hätte wahrscheinlich nur gelacht darüber und alles wiederum verdorben. „Gott will mir zeigen, daß er dich doch mag, auch wenn du es nicht verdienst", schwieg Brigitte bei sich und war glücklich, weil es ihr Gott war und weil es auch für sie geschah.

Vorlenz trat seinen Dienst mit einer Würde an, die ihn lächerlich machte. Er nahm feierlichen Abschied von Frau und Kindern und zeigte mit jeder Geste seines aufgeblasenen Wesens, daß er die Bedeutung dieses Augenblickes wohl zu schätzen wußte. Er ging und hätte gern gesagt: „... in ein neues Leben." Aber das getraute er sich nicht, das verhinderte die Feigheit vor dem Wort, die Scham vor Brigitte und der gelinde Zweifel: „Ich muß mir die Sache erst einmal anschauen, dann ..." Dann konnte er es immer noch sagen. Auf der Gasse war er kühner. Da schritt er aufgerichtet wie ein Rufzeichen hin, und wenn er von einem Bekannten dennoch übersehen wurde, dann klopfte er ihn auf eine Achsel und fragte herablassend: „Auch schon ins Büro?" Er wurde nicht verstanden, und das war sein Schmerz. Er wagte aber wieder nicht, deutlicher zu sein, und hatte auch keine Zeit mehr, sich näher zu erklären. Das konnte morgen oder wann geschehen. Heute mußte er pünktlich sein.

In der Fabrik war es schon schwieriger, sich dieses Selbstbewußtsein zu erhalten. Da gab es einen Direktor, der wie ein Götze in seinem Himmel thronte, dann einen Vize, wie es hieß, der immerhin Papst oder so etwas gewesen ist, gab es Beamte, die es wirklich waren und Vorlenz deutlich fühlen ließen, daß er es doch nicht sein konnte. Der Portier allein nahm seine Würde wahr, verbeugte sich erst tief, dann immer seichter und war nach einer Woche schon so weit, daß Vorlenz grüßte und er sich nachlässig bedankte. Das war ein Fehler, und was das schrecklichste daran gewesen ist, er war nicht wieder gutzumachen. Herren werden geboren. Das ist eine alte Weisheit, aber sie tröstet keinen. Der Portier gab seinem Amt die Würde. Bei den meisten ist es umgekehrt.

Und bei Vorlenz war es noch anders. Er blieb auch als Beamter ein Diener, und das wurmte ihn. Er stand im Hof und zählte. Die Schuhe flogen paarweise von Hand zu Hand an ihm vorbei in den Wagen. Er war ein Jäger und schoß mit Blicken. Er zielte gut, zählte genau. Die erste Woche brachte eine Prämie von hundertfünfzehn Stück. Das war eine Leistung. Sie imponierte selbst Herrn Stein. Auch der Direktor schien zufrieden, obwohl er diesen Mann nicht mochte, ihm nicht traute. Vorlenz merkte das und fing beizeiten an, sich vor ihm zu hüten.

Die Arbeiter murrten: „Er ist doch einer von uns und hält es mit den anderen."

Die Beamten rümpften ihre Nasen und sagten geringschätzig: „Er strebert."

Vorlenz kümmerte sich nicht darum. Er stand auf seinem Posten und wollte ihn behalten und die Prämien dazu. Er spürte gleich, daß da etwas nicht richtig war und daß es Löcher gab, die er zustopfen mußte, viele Löcher, wenn nicht schon ein ganzes Sieb. Es ging um ein Komplott. Das hatte er bald weg. Man stahl. Nicht einer. Das mußten mehrere sein. Vorlenz hatte alle in Verdacht, und so konnte ihm keiner entgehen. Man bedrohte ihn. Man warf ihm Blicke zu, die ihn erschlagen hätten, wenn es Steine gewesen wären. Man spuckte in die Richtung, wo er stand. Man zeigte seine Fäuste, und das hieß: Wenn du dich unterstehst, dann..! Er unterstand sich trotzdem.

Vorlenz war ein Spion, und das ist immer eine brenzlige Rolle. Er selber hielt sich bloß für einen redlichen Beamten und hatte Mühe genug, es auch zu bleiben. Während der Arbeit war er gefeit, doch in den Pausen der Nacht, vor dem Einschlafen besonders oder nach dem Essen, wenn er sich hinlegen und ausstrecken wollte, da versuchte ihn allerlei, schlich sich immer öfter ein Teufel an und lachte ihn aus: „Bist ein Schaf und spielst den Wolf, bist gegen kleine Diebe und hältst es mit den großen." Gedanken sind wie Mücken. Sie schwirren auf und stechen. Man merkt gewöhnlich an dem Stich erst, daß sie dagewesen sind, kratzt sich und wird damit den lästigen Gedanken los.

(Fortsetzung folgt.)

Frankreichs Festungsgürtel

Der Ausbau des französischen Festungsgürtels an der Ostgrenze Frankreichs ist in den Hauptteilen beendet. Eine 300 Kilometer lange Mauer aus Stahl und Eisenbeton, bei deren Anlage die Erfahrungen des Weltkrieges nutzbar gemacht worden sind, zieht sich von der Schweizer Grenze bis an die Nordsee hin. Der Festungsgürtel zerfällt in zwei große Hauptteile: in den sogenannten rheinischen Gürtel, der eine Länge von 175 Kilometer hat, und in die belgische Zone mit einer Länge von 125 Kilometer. Die linke Seite des Rheins ist besonders stark durch zahlreiche Kleinfestungen geschützt. Auf einer Dampferfahrt von Basel den Rhein hinunter in der Richtung nach Straßburg—Kehl kann man zahlreiche gemütliche Häuschen mit Gärtchen erblicken, die in Wirklichkeit getarnte Kleinfestungen stärkster Art sind. Diese Forts, die hin und wieder wie kleine Villen aussehen, da sie ein schönes rotes Dach haben und sogar mit Balkons geschmückt sind, bestehen in Wirklichkeit aus Stahl und Eisenbeton und haben Stahlkuppeln, die den stärksten Geschossen Widerstand leisten können. Es sind Mannschaftsunterkunftsstätten, die aufs stärkste gepanzert sind. Sie sind mit Geschützen und Maschinengewehren ausgerüstet. Die Fenster an diesen kleinen „Landhäuschen" sind schön aufgemalt. In Wirklichkeit gibt es hier weder Fenster noch Ausblicke, sondern nur Schießscharten und Stellen für den Artilleriebeobachter. Die Forts sind so stark, daß wenige Mann genügen, um ein weites Terrain zu bestreichen und zu verteidigen. Insgesamt ziehen sich hier 23 derartige Forts hin, die alle Rheinübergänge beherrschen und miteinander durch unterirdische Gänge verbunden sind.

Auch die alten Festungen sind stark ausgebaut worden. Sie liegen im Schutz dieses gewaltigen Stahlgürtels, der ungefähr bis nach Diedenhofen reicht. Von hier aus zieht sich nach Nordwesten der zweite Festungsgürtel hin, der seine Hauptstützpunkte in Maubeuge und Lille hat. Auch hier sind die Erfahrungen des Krieges fruchtbar gewesen. Dieser Festungsgürtel wird in derselben starken Panzerung errichtet werden wie der rheinische. Eine Verbindung zwischen dem französischen und belgischen Festungsgürtel ist vorgesehen. Die frühere Festungszone am Rhein Verdun—Toul—Epinal stellt jetzt die zweite Linie dar. Sie ist gleichfalls hauptsächlich durch kleine moderne Forts gebildet, so daß der Reisende hier wenig Möglichkeiten zur Betrachtung hat. Auch hier sieht alles harmlos und nett aus. In die Nähe der wahren Forts darf kein Unbefugter. Daß die militärische Besatzung dieser Mauer aus Stahl und Eisen aufs beste organisiert und ausgerüstet ist, bedarf kaum der Erwähnung.

Milch- und Essigsäure aus Sägemehl

Die Verwertung von Holzabfällen macht immer größere Fortschritte. Außer den Verfahren von Bergius und Scheller-Tornesch, nach denen Spiritus, Futtereiweiß und Lignin aus Holz gewonnen werden, soll es jetzt einigen amerikanischen Wissenschaftern gelungen sein, aus dem Sägemehl von Weichhölzern Milch- und Essigsäure herzustellen. Die Forscher unterwerfen das Sägemehl einer Hydrolyse durch Schwefel oder Salzsäure und geben nach Beseitigung der Säure und Zugabe von gekeimtem Malz ein Enzym zu, wodurch der bei der Hydrolyse entstandene Zucker vergoren wird. Die Reaktion dauert etwa 1 bis 1½ Wochen; in dieser Zeit sind etwa 80 bis 90 Prozent des Zuckers in Milch- oder Essigsäure umgewandelt, und zwar entsteht neben zehn Teilen Milchsäure ein Teil Essigsäure. Die Frage der Wirtschaftlichkeit dieses Verfahrens ist allerdings noch nicht entschieden.

Eine Provokation

Der Naziaufmarsch am 22. Januar am Bülowplatz in Berlin, „Front gegen das Karl-Liebknecht-Haus", hat in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt. Eine solche Demonstration bedeutet eine Provokation, die sich nicht nur gegen die Kommunistische Partei, sondern gegen die gesamte Berliner Arbeiterschaft richtet. Man kann es allenfalls verständlich finden, daß die Polizei eine gleichzeitige Demonstration der Kommunisten vor ihrem Parteihause nicht gestattet hat. Ist es doch schließlich die Aufgabe der Polizei, auch vorbeugend für die Wahrung von Ruhe und Ordnung zu sorgen, und es ist leicht vorauszusehen, was bei gleichzeitigem Aufmarsch der feindlichen Heerhaufen auf dem gleichen Platz entstanden wäre. Unter dem gleichen Gesichtspunkt hätte die Polizei aber auch den Aufmarsch der Nazis gerade an dieser Stelle verhindern müssen.

Als der Berliner Polizeipräsident wider alles Erwarten die nationalsozialistische Provokation gestattete, handelte er sicher nicht aus eigener Machtvollkommenheit. Die Regierung, der Reichskanzler von Schleicher, der zugleich auch Reichskommissar für Preußen ist, trägt die volle Verantwortung für diesen Streich. Zum Überfluß haben auch die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Kasper beim Reichskanzler vorgesprochen. Wenn ihr Begehren sich, wie sie erklären, auf die Gestattung der kommunistischen Gegendemonstration bezog, so waren sich doch alle Teilnehmer an dieser Audienz darüber klar, daß ein positives Ergebnis nur das Verbot der Nazidemonstration sein konnte, das aber nicht ausgesprochen wurde.

Dieser Besuch der Kommunistenführer beim Reichskanzler verdient festgehalten zu werden. An sich ist dagegen gar nichts einzuwenden. Er ist nur bemerkenswert wegen des Geschreis über Arbeiterverrat, das die Kommunisten erheben, wenn Gewerkschaftsvertreter zur Wahrnehmung und Förderung der Arbeiterinteressen in Ministerien vorsprechen.

Die Regierung hat die gegen die Arbeiterschaft gerichtete Provokation gestattet, und sie hat riesige Anstrengungen gemacht, um die Provokateure zu schützen. Die gesamte Berliner Polizei wurde aufgeboten, ein gewaltiges Heer zu Fuß und zu Pferde, ausgerüstet mit Panzerwagen und allen technischen Hilfsmitteln für den Straßenkampf. Das ganze Stadtviertel wurde in weitem Umfange abgesperrt. Den Bewohnern dieses Viertels wurde jeder Verkehr außerhalb ihrer Wohnung unmöglich gemacht. In der im Belagerungsgebiet liegenden Volksbühne fand in der kritischen Zeit ein von langer Hand vorbereitetes Konzert statt, zu dem die Plätze ausverkauft waren. Nur einem kleinen Teil der Besucher gelang es, in das Haus zu kommen. Auf den Ausgang der gegen die Polizei angestrengten Schadenersatzklage kann man gespannt sein.

Im Verhältnis zu den aufgebotenen Schutzmaßnahmen war die Nazidemonstration kläglich. Auf 10 000 Mann wird die Zahl der Nazis geschätzt, die unter dem Schutz der Polizei nach dem Bülowplatz zogen und sich dort versammelten. Es gab mehr Polizisten als Nazis, die sie zu schützen hatten. In den Anmarschstraßen kam es verschiedentlich zu Gegendemonstrationen, und auch bei der „Säuberung" des Belagerungsgebietes fanden vereinzelt Zusammenstöße statt. Im ganzen ist aber der kritische Sonntag verhältnismäßig ruhig verlaufen; das von vielen befürchtete Blutbad ist erfreulicherweise nicht eingetreten.

Die Kommunisten haben Disziplin gewahrt und sich nicht provozieren lassen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat zwar zu Gegendemonstrationen aufgerufen und an die Mitglieder der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei appelliert, dabei Hilfe zu leisten. Bei den Arbeitermassen, auch bei den kommunistisch orientierten, bestand aber keine Neigung, dieser Parole zu folgen. Daraus soll ihnen kein Vorwurf gemacht werden. Das Verhalten der Kommunisten steht freilich im Widerspruch zu den blutrünstigen Redensarten, die sie ständig im Munde führen, und zu ihrem unausgesetzten Appell an die Gewalt. Aber es war richtig und vernünftig, daß sie sich nicht zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung provozieren ließen, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein konnte.

Daß die Regierung diese Provokation der Arbeiterschaft durch die Nazis duldete in einer Zeit, da die Welle nationalsozialistischer Morde immer höher anschwillt, erklärt sich vielleicht aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis zu Hitler. Man erinnert sich aber auch der berüchtigten Boxheimer Dokumente über die Errichtung einer nationalsozialistischen Blutherrschaft. Der Oberreichsanwalt hat in diesen Dokumenten keinen Hochverrat erblickt, weil die Mordbefehle „nach Überwindung der Kommune", also nach der Niederschlagung eines kommunistischen Putsches, erlassen werden sollten. Unwillkürlich fragt man sich, ob es nicht in dem Plane der Nazis liegt, durch Veranstaltungen wie die am 22. Januar die Zusammenstöße zu provozieren, die ihnen dann den Vorwand für die Errichtung ihres Blutregiments abgeben. Um so beachtlicher ist es, daß sich die Regierungsgewalt schützend hinter die Provokateure stellt.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden

Autarkie. Von Ferdinand Fried. Eugen Diedrichs Verlag, Jena. Preis kartoniert 3,40 Mk., in Leinen 4,60 Mk. — Dem Verfasser wird von seinen Freunden nachgesagt, daß er das entscheidende Buch über und für die Autarkie geschrieben habe. Ob alle Autarkisten dieser Meinung sind, will uns fraglich erscheinen. Wir finden daß Fried sich von vielen anderen Autarkisten unterscheidet, sowohl in der Problemstellung als auch in der Problemlösung. B Fried ist „die Autarkie eine ‚Organisierung' d freien Handels, des freien Warenverkehrs auf d Welt". Zu dieser Autarkie seien wir gezwungen, das, was als Weltwirtschaft bezeichnet werde, nun mehr verfalle. „In dem Maße, wie die Welt dara verzichtet, Deutschland die Rohstoffe für sich ve arbeiten zu lassen, muß Deutschland darauf ve zichten, Rohstoffe und Nahrungsmittel aus der ganze Welt wahllos einzukaufen." Der Gedanke, daß Deutsc land seinen Außenhandel (und wie wir meinen: sei ganze Wirtschaft) planmäßig organisieren müss findet sich an mehreren Stellen des Buches, u dieser Gedanke ist gut; er ist im Ursprung und der Konsequenz sozialistisch. Weniger überzeuge sind Frieds Ausführungen über die Gestaltung d Autarkie. In diesem Abschnitt des Buches versuc er nachzuweisen, daß Deutschland die Weltwirtsch überhaupt nicht oder so gut wie nicht brauche. Dab behandelt er auch die Holzfrage. Was er hier z sagen weiß, ist ziemlicher Unfug. So erzählt e „daß große Mengen eingeschlagenen deutschen Holz im Walde wegen Absatzmangels verderben". E Mann, der wissenschaftlich ernst genommen werde will, sollte sich, bevor er so etwas niederschreib genau erkundigen, ob es auch stimmt. Selbst d preußische Forstverwaltung würde ihm gesagt habe daß jene Behauptung der Privatwaldbesitzer ei maßlose Übertreibung ist, oder noch richtiger: ei glatter Schwindel. Ebenso falsch sind die andere Ausführungen über die Holzfrage, so vor allem d Kontingente für verschiedene Holzsorten, die sic „also" ergeben — wieso und warum „also", sag Fried wohlweislich nicht, denn diese Kontingente sin Phantasiezahlen.

Werkzeugmaschinen für Holzbearbeitung. Vo Ingenieur und Dipl.-Volkswirt Johannes Röbe Selbstverlag des Verf.: Kars, Pulsnitz, Bezirk Kamen (Sachsen). Preis 1,35 Mk. — Der Verfasser beschreib in seinem Buche eine Reihe von bekannten und all gemein weniger bekannten Maschinen, die er i Bilde zeigt. Allzuviel kann der Fachmann mit de Beschreibung nicht anfangen; er erfährt aber, da es diese und jene Holzbearbeitungsmaschine gibt un welche Firma sie herstellt. Aus dem Vorwort z diesem Buche geht hervor, daß Röber eine Unter suchung über „die Wirtschaftlichkeit in der Holz bearbeitung unter dem Einfluß moderner Handwerks zeuge und Werkzeugmaschinen" durchführt. Das is ein wichtiges Thema, und seine Behandlung kann fü die Holzwirtschaft von großem Nutzen sein, wenn e sachverständig bearbeitet wird.

Le Traducteur. Französisch-deutsches, illustrierte Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Verlag in L Chaux-de-Fonds (Schweiz). — Diese Monatsschrif fördert in abwechslungsvoller, anregender Zusammen stellung das Erlernen der französischen Sprache Durch Gegenüberstellung beider Sprachen ist da lästige Aufsuchen in Nachschlagewerken überflüssig denn der „Traducteur" gibt zu jedem französische Ausdruck die deutsche Übersetzung oder erklärende Fußnoten. Probeheft umsonst durch den Verlag de „Traducteur" in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin
Druck und Verlag:
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Togal
unübertroffen bei Rheuma - Gicht Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß, Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Wer gute Taschen- oder Armbanduhr ganz billig
kaufen will, verlangt Preisliste gratis von
Uhrenhaus Klose, Berlin SW 29/13, Zossener Str. 8

Kauft
Qualitäts-Werkzeuge
nur bei der Werkzeugfabrik
M. Hiessinger, Nürnberg - Besteht seit 1850
Volle Garantie — Verlangt neuen Katalog H kostenlos
Zahlreiche freiwillige Anerkennungsschreiben

Stahl-Stahl-Schraubzwingen
ganz geschmiedet

Größe	1a	2a	3a	4a
Spannweite mm	120	170	200	250
RM	0,95	1,20	1,55	1,55
Größe	5a	6a	7a	
Spannweite mm	300	350	400	
RM	1,65	1,95	2,15	

Preisverzeichnis gratis!
Westfalia Werkzeugcomp., Hagen i. W. 104

Hobelbänke
→ 50 RM. ←
2 m lang, Stahlspindel, kompl., Ia Qualität, Blatt Ia gedämpft, Rotbuche, Garantie.
Werkzeuge
Abbildung u. Preisliste gratis
Karl Ramisch, Firma Kaserne

Leimöfen, Furnierböcke
komm. als Spezialität, Preisliste gratis PAUL OTT, Stuttgart W, Hermannstr. 13

Die arbeitsparende Wohnung
VON FRANZ DENNER
Zweckmäßige Formen für Wohnung und Hausgerät, Architektur und Technik. — Mit 130 Abbildungen.
Preis 3 Mk., Organisationspr. 2 Mk.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes GmbH., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Gummiwaren
Hygien. Artik., Preisl. O gratis
„Medicus"
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

Belz- u. Pelzer-Meisterkursus der Tischler-Fachschule Köthen Beginn 20. Februar

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. gratis
J. BRENDEL
Limburgerhof 93, Pfalz

Preisliste für Bleistifte und Maßstäbe

	Dtzd.	Gros
Bleistifte Nr 111, rund, weiß, Härte 3 und 4	0,40	4,—
Bleistifte Nr. 284, Rafael, rund, Härte 2	0,50	5,—
Bleistifte Nr. 498, rot poliert, sechskantig, Härte 2, 3, 4	0,65	7,—
Bleistifte Nr. 800, gelb poliert, sechskantig, Härte 2 und 3	0,75	8,—
Bleistifte Nr. 305, grün poliert, sechskantig, Härte 1, 2, 3, 4	1,—	11,—
Bleistifte Nr. 2824, flach, rot, Zimmermann, 20 cm lang	0,80	9,—
Bleistifte Nr. 1250, „Apollo", in 15 Härten, 6B bis 7H	3,85	37,50
Kopierstifte, „Apollo", beste Qualität, hart, mittel, weich	3,85	37,50
Farbstifte, blau, grün, rot	0,60	6,—
	Stck.	Dtzd.
Maßstäbe Nr. 907 A, ohne Feder, 1 m lang, Meter/Meter	0,20	2,20
Maßstäbe Nr. 907 B, ohne Feder, 1 m lang, Meter/Rheinl.	0,20	2,20
Maßstäbe Nr. 1076 A, mit Feder, 1 m lang, Meter/Meter	0,35	4,—
Maßstäbe Nr. 1076 B, mit Feder, 1 m lang, Meter/Rheinl.	0,35	4,—
Maßstäbe Nr. 1086 A, mit Feder, 2 m lang, Meter/Meter	0,60	6,80
Maßstäbe Nr. 105 B, mit Feder, 2 m lang, Meter/Rheinl.	0,50	5,60
Schwindmaßstäbe Nr. 2032, ohne Feder, 1%, 1½%, 2%	0,60	6,60
Schwindmaßstäbe Nr. 2082, mit Feder, 1%, 1½%, 2%	0,80	8,80

Die oben angeführten Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle, sonst erfolgt die Lieferung nur gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheck-Konto des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin NW 7, Nr. 283 97

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH.
Berlin SO 16 / Am Köllnischen Park 2

Wir liefern an jedermann
Tuche
Herren-Stoffe ab Damen-Stoffe
Fabrik
Lehmann & Assmy
Spremberg i. L. 2

Original-süddeutsche Hobelbänke
52 Mark
Zm. und Blatt, Stahlspindeln
Werkzeug-Neuheiten!
Preisliste gratis und franko.
OTTO BERGMANN
Berlin-Lichterfelde-West

FORDERN SIE
kostenlos Lehrplan
Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)
an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

Von Arterienverkalkung und Harnsäureleiden
(Gicht, Rheuma, Ischias usw.) wird man am raschesten und sichersten durch die reinigenden, auflösend und ausscheidend wirkenden Säfte aus frischen Heilkräutern befreit. Aus den wirksamsten Kräutern pressen wir unseren bewährten Herbaria-Kräutersaft Nr. 1, welcher auflösend und ausscheidend auf Kalk- und Harnsäureablagerungen, entsäurend, entgiftend und allgemein reinigend wirkt. Viele Dankschreiben (von fast jedem Bezirk). Flasche nur noch 2,50 Mk., 3 Flaschen 7,50 Mk. Kursendung mit 6 Flaschen 14,— Mk., mit 10 Flaschen 22,— Mk., ab 3 Fl. franko Nachnahme durch das Herbaria-Kräuterparadies G. m. b. H., Philippsburg A. R. 319 (Baden).
Für alle anderen Krankheiten liefern wir ebenfalls Spezialmischungen. Verlangen Sie bitte kostenlos Broschüre

Fachwerke
für den Wohnlauben- und Wohnhausbau

Kleinwohnungs- und Siedlungshäuser
15 Vorlagen; farbig dargestellt mit den dazugehörigen Vorder-, Seiten- und Rückansichten sowie mit den erforderlichen Grundrissen. Auf 55 Tafeln im Format 37x26 cm, in Mappe. Herausgegeben von den Architekten Ulrich, Lysek, Fischer, Schultheiß.
Bisheriger Preis 30 Mk., jetzt nur 8 Mk.

Neue Wohnbauten
Ausgeführte Wohn- und Siedlungshäuser, auch Entwürfe der Architekten Prof. Ludwig Raff, Fritz Mayer, Brendel und Kälberer, Hans und Otto Ebert, Landesbaurat J. Schmeißner, Carl Grießer, Prof. Mayer-Eming, Stadtrat Wagner-Speyer und anderen — 56 Tafeln auf Kunstdruckkarton, Format 34x25 cm, in Mappe.
Bisheriger Preis 30 Mk., jetzt nur 8 Mk.

Wohnlaube und Siedlerheim
Wie bau ich und was brauch ich? Aus dem Inhalt: Siedlung und Siedler; Grundstück und Wohnhaus; Baupolizeiliche Bestimmungen; Was man vom Bauen wissen muß; Entwicklung der Grundrisse und Beispiele; Der Selbstbau des Hauses. Installation und Einrichtungen; Landwirtschaftliche Einrichtungen. Montagehäuser und die Einrichtung des Hauses. Dieses Werk ist mit zahlreichen Abbildungen versehen. Von Wilhelm Lotz
Preis: broschiert nur 1,20 Mk.

Das Haus für jedermann
50 Eigenheime in den Preislagen von 2700 bis 27000 Mark und 22 zeitgemäße Gartenlauben. Von 52 Architekten speziell für die jetzigen Zeitverhältnisse geschaffen und erstmalig in Nürnberg 1932 auf der Ausstellung „Das Haus für jedermann" gezeigt. Die Entwürfe vermeiden jede Künstelei und modische Spielerei, sie zeichnen sich durch eine erfreuliche Schlichtheit und Frische im Grundriß wie im Ausbau aus.
Preis einschl. Porto, Verpackung 2,75 Mk.

Das ideale Holzhaus
22 im Vierfarbendruck ausgeführte Darstellungen von Holzhäusern, Wochenendhäusern, Wohnlauben und Verkaufshäuschen mit allen technischen Rissen. Die Größe der Tafeln ist 25x33 cm — Von Architekt Karl Ulrich.
Preis: gebunden nur 8 Mk.

Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2